2012/37 Ausland

https://www.jungle.world/artikel/2012/37/sie-hassen-bier-und-freiheit

Die Salafisten in Tunesien

Sie hassen Bier und Freiheit

Von **Bernhard Schmid**

In Tunesien greifen Salafisten immer öfter Andersdenkende an. Die islamistische Regierungspartei al-Nahda lässt sie meist gewähren, um als moderatere Alternative zu erscheinen.

Am Anfang ging es ähnlich zu wie bei einer ordentlichen Wirtshausschlägerei, nur Bier gab es keines. Am Abend des 6. August gingen zwei Gruppen von jungen Männern in Béja, nordwestlich von Tunis, aufeinander los. Allerdings nicht an einem Stammtisch, sondern in einer Moschee. Der Auslöser dafür war ein Streit über die richtige Uhrzeit für das Fastenbrechen, denn eine der beiden Gruppen hatte ein paar Minuten früher zu essen begonnen – ihr Imam hatte die vermeintlich richtige Uhrzeit festgelegt –, während die meisten anderen Gläubigen noch das im Fastenmonat Ramadan geltende Speiseverbot vor Sonnenuntergang einhielten.
Klingt der Vorfall bis dahin noch nach einer Lappalie, wurde es richtig ernst, als bei dem Streit auch Messer und Tränengas zum Einsatz kamen. Die Beteiligten des theologischen Disputs in der Moschee al-Hidaya waren Anhänger unterschiedlicher salafistischer Gruppen, die derzeit in Tunesien auch sonst viel von sich reden machen.
Der Vorfall zeigte unter anderem anschaulich, in welchem Ausmaß viele Anhänger dieser neofundamentalistischen Richtung des politischen Islam dazu neigen, eigenmächtig den Inhalt vermeintlicher Glaubensvorschriften aus- und festzulegen und dann autoritär durchzusetzen. Einige Strömungen des Salafismus wenden dabei auch Gewalt an. Das Spektrum der Salafisten reicht von gewaltlos missionarisch tätigen Pietisten bis zu terroristisch agierenden Jihadisten. Insgesamt wird die Anzahl der mobilisierbaren Anhänger des Salafismus in Tunesien auf annähernd 10 000 geschätzt.

Salafistische Gruppen sind derzeit besonders in Marokko, Algerien und Tunesien aktiv. In Ägypten sind sie durch eine Partei parlamentarisch vertreten, im Libanon gibt es salafistische Prediger und in Syrien beteiligen sich Salafisten am Bürgerkrieg. Die Abgrenzung von anderen politischen Formen des Islamismus fällt, sofern die Selbstbezeichnung nicht weiterhilft, nicht immer ganz leicht. Noch in den neunziger Jahren bestand keine klar erkennbare Trennung zwischen diesen Strömungen. Die Islamische

Rettungsfront (FIS) etwa, die Anfang der neunziger Jahre stärkste islamistische Partei in Algerien, war eine Sammelbewegung unterschiedlicher Gruppen. Ihr ideologischer Führer war Ali Belhadj. Formal war er die Nummer zwei in der Parteihierarchie hinter dem seit 2003 im katarischen Exil lebenden Parteivorsitzenden Abassi Madani, tatsächlich übte er aber den mit Abstand stärksten Einfluss auf die radikalisierten Teile der Parteibasis aus. Belhadj verdammte die Idee von Demokratie grundsätzlich als »kulturellen Fremdkörper im Land des Islam« und stellte sie als Erfindung von Juden und Freimaurern hin. Der kompromisslose Ideologe war Salafist. Die Bezeichnung war damals noch nicht üblich und diese Unterströmung war mit anderen Erscheinungsformen des politischen Islam vermischt. Später trennten sie sich aufgrund strategischer und ideologischer Differenzen. Belhadjs Sohn Abdelkader, der die politischen Ideen seines Vaters teilte, schloss sich 2006 der bewaffneten »Salafistischen Gruppe für Predigt und Kampf« an, die sich später in »al-Qaida im islamischen Maghreb« umbenannte. Im Juli 2011 wurde er im Kampf getötet.
Tunesien ist das Land, in dem Salafisten derzeit am stärksten in direkte Konfrontation mit anderen Teilen der Gesellschaft getreten sind und Menschen, die von den ihren abweichende Standpunkte vertreten, offen attackieren. Einen der letzten Angriffe gab es am Montag vergangener Woche, als rund 50 Salafisten ein Hotel in Sidi Bouzid stürmten, der letzte Ort in der zentraltunesischen Stadt mit rund 40 000 Einwohnern, an dem noch offen Alkohol verkauft wurde. Zahlreiche Flaschen wurden von den Salafisten zerschlagen. Ein Augenzeuge, der gegen den Angriff protestierte, wurde von ihnen einige Stunden lang festgehalten. Sidi Bouzid gilt als »Wiege der tunesischen Revolution«. Im Dezember 2010 verbrannte sich hier der junge Prekäre Mohammed Bouazizi selbst, was als Auslöser für die folgenden Ereignisse des »Arabischen Frühlings« gilt. Im sozialen Milieu um den Gewerkschaftsbund UGTT gibt es dort eine linke politische Tradition. Gleichzeitig haben es die Salafisten in den vergangenen Monaten geschafft, sich in einem der ärmeren Viertel der Stadt festzusetzen, von wo aus sie versuchen, Andersdenkende zu terrorisieren.

Bereits in der vorletzten Augustwoche kam es in derselben Stadt zu heftigen Auseinandersetzungen. Einige Hundert Salafisten griffen am 22. August das Stadtviertel Aouled Belhedi an und verletzten mehrere Einwohner mit Messerstichen. Am Montag zuvor hatten Salafisten einen Mann zusammengeschlagen, der Alkohol getrunken hatte, woraufhin 48 Stunden später drei Salafisten von Freunden des Opfers verprügelt wurden. Als Racheakt kam es zu der Strafexpedition in das Stadtviertel. Die Polizei griff nicht ein, obwohl sie alarmiert worden war. Anwohner schlossen sich allerdings spontan in Selbstverteidigungsgruppen zusammen und konnten die Angreifer schließlich zurückschlagen.
Auch in anderen Ländern der Region sind Salafisten manchmal eher mahnend und predigend, andere Male mit Gewalt aktiv. In Ägypten initiierten sie eine Kampagne gegen angeblich »satanistische Umtriebe«, nachdem am 31. August ein Heavy-Metal-Konzert in einem Club im Kairoer Stadtteil Zamalek stattgefunden hatte. Doch im Unterschied zu den tunesischen Salafisten attackieren die ägyptischen nicht offen breite Schichten der Gesellschaft, wie Biertrinker oder die Einwohner ganzer Stadtteile. In Ägypten verfügen sie über mehrere zugelassene Parteien, deren wichtigste al-Nur (Das Licht) ist, und sind im Parlament vertreten, außerdem stellen sie einen der Berater von Präsident Mohammed Mursi.

Einer der Gründe für diesen Unterschied dürfte darin liegen, dass die Hauptpartei der Islamisten in Ägypten, die Muslimbrüder, über wesentlich gefestigtere Strukturen verfügt als die tunesische Regierungspartei al-Nahda (Wiedergeburt), obwohl beide sich ideologisch nur in Nuancen unterscheiden. Die schon seit 1928 existierende Muslimbruderschaft wurde vor 2011 in Ägypten manchmal zwar verfolgt, aber oft toleriert. Sie konnte nie organisatorisch destabilisiert werden. In Tunesien hingegen war al-Nahda, nachdem die Partei und das Regime Zine al-Abidine Ben Alis in den Jahren 1987 bis 1989 erfolglos einen Kompromiss angestrebt hatten, ab 1991 nicht nur unbarmherzig verfolgt worden, sondern ihre Strukturen konnten auch weitgehend zerschlagen werden. Noch bei einem Exilkongress von al-Nahda 2010, wenige Monate vor der Revolution, wurde vor allem offensichtlich, dass die Partei völlig überaltert und strukturell schwach war. Nach dem Umbruch gründete al-Nahda sich auf tunesischem Staatsgebiet neu und ihre Parteigliederungen wuchsen unkontrolliert und chaotisch.

Bis heute ist die Partei fragmentiert und hat erhebliche Mühe damit, die Auswirkungen ihrer Regierungsbeteiligung zu bewältigen. Dabei zogen verschiedene Teile der Partei zwei unterschiedliche Schlussfolgerungen aus der Phase ihrer Illegalität. Ein starker Block, der die Führung dominiert, hält an der seit Ende 2005 praktizierten Politik der Allianzbildung mit liberalen und linken Kräften fest, die damals verfolgt worden war, um demokratische Spielräume gegen das polizeistaatliche Regime zu erringen. Aus Sicht dieses Blocks muss al-Nahda demokratische Spielregeln respektieren, um weiterhin von den Sympathien zu profitieren, die die Partei als Hauptopfer der Repression unter dem alten Regime genießt. Doch ein anderer Flügel ist der Auffassung, jetzt sei die Stunde der Revanche gekommen, um – mit eben jenem Märtyrerbonus ausgestattet – die eigene Ideologie endlich kompromisslos durchzusetzen. Zu diesem Parteiflügel, der den Salafisten relativ nahe steht, zählt etwa der Abgeordnete Sadok Chourou. Er sprach sich kürzlich dafür aus, dass Tätern von Raubüberfällen die Hand abgetrennt wird.

Damit werden er und seinesgleichen zwar nicht durchkommen. Aber sie sind der Meinung, dass die Salafisten den nötigen Druck aufrechterhalten sollen, damit sie selbst als vergleichsweise moderat erscheinen. Diese Spaltung von al-Nahda sorgt dafür, dass die Polizei oftmals die Salafisten gewähren lässt, während sich in den Reihen der Ordnungskräfte wiederum viele Sympathisanten des alten Regimes von Ben Ali finden. Diese sind der Auffassung, wachsendes Chaos sei wünschenswert, damit der Wunsch nach einer Rückkehr zu »geordneten Verhältnissen« entsteht. Die soziale und politische Gesamtsituation im Land hat sich noch nicht stabilisiert, da viele Menschen aufgrund ihrer sozialen Situation bislang mit den Ergebnissen der Revolution eher unzufrieden sind. Im August wurde nach einem Handgemenge zwischen Einwohnern und Parteifunktionären von al-Nahda eine Polizeistation in Sfax angegriffen. Am Montag dieser Woche kam es zu Unruhen in Tunis und der Hafenstadt al-Fahs, weil viele Menschen dagegen protestierten, dass die Behörden zu lange brauchten, um Rettungsversuche für schiffbrüchige »illegale Auswanderer« zu unternehmen. Vergangene Woche waren mehrere Dutzend Tunesier auf dem Weg zur italienischen Insel Lampedusa ums Leben gekommen.

© Jungle World Verlags GmbH